

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50; mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1; meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100;

# REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 26 ★ November/Dezember 2007 ★

# Strike. Just do it.



WWW.**REVOLUTION**.DE.COM

In dieser Ausgabe ★ Streik bei der Bahn ★ Gegen Nazis in Prag und Bern ★ Widerstand im Irak

# LIEBE REVO...

## GEGEN NAZIS IN PRAG

Für den 10. November hatte eine Organisation mit dem Namen *Mladí Národní Demokraté* (Junge Nationaldemokraten) eine Demonstration gegen die Präsenz tschechischer Truppen im besetzten Irak angemeldet, durch das Jüdische Viertel in Prag. Das Prager Magistrat hatte diesen Aufmarsch vorerst verboten, da der Grund nur vorgeschoben und geeignet sei, „Rasenhass zu schüren“.

Dafür spricht allerdings alles: der Anmelder dieser Demonstration ist Erik Sedlacek, ein bekanntes Mitglied des *Národní odpor* (Nationaler Widerstand). Die Organisation *Mladí Národní Demokraté* existierte zum Zeitpunkt der Anmeldung nicht und der Name ist nur fiktiv. Ganz offensichtlich wurde das Datum und der Ort der Demonstration in Anlehnung zur Reichskristallnacht (09.-10. November 1938) gewählt.

Das Verbot wurde dann wegen Verfahrensfehler vom Prager Stadtgericht wieder aufgehoben, aber die Demo wurde vom Magistrat erneut verboten. Trotzdem setzten die Nazis ihre Mobilisierung (auch in Deutschland – v.a. im Umfeld der „freien Kräfte“ in Sachsen und Thüringen) fort. Ein Nazibus aus Annaberg-Buchholz hatte am Samstag morgen dann auch ohne größere Probleme die Grenze passiert. Die Polizei hatte das gesamte jüdische Viertel abgesperrt, so dass es wenig Chancen gab, an die Nazis, die sich trotz Verbot sammelten, heranzukommen – auf der anderen

Seite war es ihnen nicht möglich, auch nur in die Nähe der Synagogen zu kommen. Ca. 25 Nazis verirrten sich direkt vor eine Demonstration mit über 800 AntifaschistInnen, wurden aber mit schlagkräftigen Argumenten davon überzeugt, dass sie sich am falschen Ort befanden. Nach Polizeiangaben sollen rund 400 Nazis unterwegs gewesen sein. Mehrere Stunden zog unser Demonstrationzug lautstark durch die Prager Innenstadt und schnappte sich vorbeikommende Nazis, bis er von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Trotz 396 Festnahmen – vor allem auf der „linken Seite“ – ist es gelungen, den Naziaufmarsch aktiv zu verhindern.

Revo war Teil eines breiten Bündnisses „Linke gegen Antisemitismus“, das sich letztendlich der von AnarchistInnen organisierten Demonstration anschloss und dort teilweise ganz vorne die Demonstration gegen die Angriffe der Polizei verteidigte.

Alles in Allem war es ein sehr erfolgreicher Tag und trotz des schlechten Wetters folgten Tausende von Menschen dem Aufruf der *Zidovská liberální unie* (Jüdischen Liberalen Union), das gesamte Jüdische Viertel zu blockieren. Die Antifademonstration war die größte seit mehr als zehn Jahren in Tschechien und macht Hoffnung für eine Bewegung, die in Stagnation geraten schien. Dank gebührt auf jeden Fall den vielen extra aus Deutschland und Österreich angereisten Antifas, die uns bei dieser Aktion sehr unterstützt haben.

Natalie, Revo Prag, [www.revo.cz.tc](http://www.revo.cz.tc)

## ZUM KOTZEN

Hallo Revos,  
ich finde euer neues Logo zum Kotzen. Das alte hatte viel mehr Stil. Hammer & Sichel sind oldschoool.

Markus

## NICHT ZUM KOTZEN

Hi Markus,  
die Diskussion über unser neues Logo dauerte sehr lange, und auch nicht wenige Revos hatten Bedenken wegen Hammer und Sichel. Aber eine ziemlich große Mehrheit war begeistert von diesem „Großes-R-Logo“.  
Zumindest bei Hiphop bezeichnet „oldschool“ einen älteren Stil, der besser war als die Musik, die jetzt populär ist. Mensch muss nicht ständig alte Lieder hören, aber die neuen Lieder sollen sich an die alten orientieren. (Jurassic 5 sind „so oldschool wie die Dinosaurier“ aber sie bringen trotzdem neue Platten raus.)  
Wenn wir die Linke heute anschauen, können wir sagen, dass wir oldschool sind – und auch stolz darauf. Denn wir lassen uns von den revolutionären Melodien der Vergangenheit inspirieren, und hören weniger die reformistischen Lieder, die jetzt in Mode sein mögen.

**Back to the revolutionary roots!**

der Layouter



## BLUT?!?

Warum tropft Blut von eurem Logo runter [auf der Titelseite der letzten Ausgabe] ?

Tom

## KEIN BLUT!

Hi Tom,  
Buah, das sollte doch kein Blut sein!  
Unser neues Logo wird mit Sprühfarbe und einer Schablone an die Wand gesprüht. Da tropft, in der Regel, ein bisschen Farbe runter. Also das Logo auf der Titelseite sollte wie ein Graffiti aussehen. Doch anscheinend haben fast alle LeserInnen die Tropfen für Blut gehalten. Deswegen wird dieses „blutige Logo“ nicht mehr erscheinen – wir wollen ja nicht wie kommunistische Vampire aussehen.  
rote Grüße,

der Layouter

## REVO-KONFERENZ

Am 20. und 21. Oktober 2007 kamen in Berlin Jugendliche aus Berlin, Rostock, Dresden, Plauen, Bernau und Kiel zur jährlichen Konferenz von REVOLUTION Germany zusammen. Wie jedes Jahr galt es bei der Konferenz, alle Mitglieder von Revo an einem Ort zusammenzubringen, um gemeinsam die politische Arbeit des vergangenen Jahres auszuwerten und über Perspektiven für das vor uns liegende Jahr zu diskutieren.

Am Samstag ging es vor allem darum, auf das hinter uns liegende Jahr zurückzublicken, also Fehler, um sie in der Zukunft zu vermeiden, und Erfolge, um sie zukünftig auszubauen, festzustellen. Besonders

im Mittelpunkt dieser Bilanz stand der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Allerdings gab es auch Vorträge und Diskussionen zur Lage des Widerstands gegen die Besetzung im Irak und zu Venezuela (deren Ergebnisse in dieser Zeitung und auf unserer Website veröffentlicht werden.)

Am Sonntag wurde dann schließlich noch eine neue bundesweite Leitung von Revo gewählt, die im kommenden Jahr die Arbeit der einzelnen Ortsgruppen koordinieren, politische Statements erarbeiten, interne Schulungen organisieren und Publikationen, wie z.B. die bereits seit vier Jahren erscheinende REVOLUTION-Zeitung, erarbeiten und veröffentlichen wird.

von Antonio, Revo Berlin

## Wo ist dein Bericht oder Leserbrief?

Schick ihn einfach an: [info@revolution.de.com](mailto:info@revolution.de.com)

REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

In letzter Zeit wurde nicht nur bei der Deutschen Bahn sondern auch in Supermärkten (LIDL, Penny usw.) und im öffentlichen Dienst gestreikt.

**Warum sollten wir Jugendliche diese Streiks unterstützen?** Schließlich hat es für mich Nachteile, wenn ich zu spät zur Schule komme (an dem Tag, wo ich eine Klausur schreibe) oder mir abends kein Bier kaufen kann, weil die Kaufhalle bestreikt wird.

Jedoch stellt mensch schnell fest, besonders wenn man sich die Forderungen der Streikenden anguckt, dass es durchaus unterstützenswert ist. Wenn ich einmal arbeiten werde, möchte ich dies auch einen möglichst guten Lohn und humane Arbeitszeiten haben. Außerdem können Streiks, besonders der der GdL, eine **Vorbildfunktion für andere Gewerkschaften und ArbeiterInnen** haben, damit diese auch kämpfen.

Das klingt vielleicht ganz nett, mensch kann sich solidarisch zeigen aber mehr kann mensch ja auch nicht machen. Oder? Streiks sind nicht nur eine Sache für Lohnabhängige, denn auch als SchülerInnen können wir intervenieren. Zum Beispiel demonstrierten bei den beiden Schulstreiks letztes Jahr in Berlin **bis zu 10.000 SchülerInnen**. Im Fernsehen sowie den Zeitungen wurde darüber berichtet, sogar Politiker nahmen im Nachhinein Stellung dazu.

Aber letztendlich können wir als SchülerInnen keinen wirtschaftlichen Druck erzeugen, d.h. wir können nicht dafür sorgen, dass die Züge nicht mehr fahren. Deshalb haben wir bei den Schulstreiks versucht, **gemeinsam mit streikenden KrankenpflegerInnen oder LehrerInnen** zu kämpfen.

Ein weitaus besseres Beispiel für die Zusammenarbeit von SchülerInnen und ArbeiterInnen waren die Proteste gegen das CPE-Gesetz in Frankreich vor beinahe 1½ Jahren. Dieses Gesetz zum „Ersteinstellungsvertrag“



## Solidarität zwischen Jugendlichen und ArbeiterInnen!

(CPE) hätte es UnternehmerInnen ermöglicht, Jugendliche unter 26 jederzeit, ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Der Protest fing bei den SchülerInnen und Studierenden an. **Schulen und Unis wurde besetzt** und es wurde demonstriert. Anfangs hielten die Gewerkschaftsspitzen diese Proteste für sinnlos, aber als die Aktionen immer größer wurden, sahen sie sich gezwungen, selber Proteste zu organisieren.

So kamen Streiks und Massendemonstrationen von **bis zu 3 Millionen Menschen** zu Stande. Da die Wirtschaft durch die Streiks erschüttert wurde, mussten die Herrschenden das eigentlich schon verabschiedete Gesetz wieder zurücknehmen.

Dies ist ein wunderbares Beispiel, wie SchülerInnen und ArbeiterInnen zusammen kämpfen. Radikale Jugendproteste können die ArbeiterInnen inspirieren, wenn wir zu ihnen hingehen. Das sollten wir auch, denn nur ArbeiterInnen haben die Macht, die Wirtschaft lahm zu legen und damit Druck auf die herrschende Klasse ausüben. Das gilt nicht nur für defensive Kämpfe, sondern auch für offensive Kämpfe – z.B. **für einen grundlegenden, revolutionären Wandel der Gesellschaft**.

Klar, solche Solidarität entsteht nicht von einem Tag auf den anderen. Doch ein erster, wichtiger Schritt ist, dass wir die laufenden Arbeitskämpfe (z.B. bei der Bahn) unterstützen.

ein Vortrag von biber, Revo Berlin



## SELBER MACHEN: DEMONSTRIEREN

**B**evor ihr jetzt euer Transpi schnappt und losrennt, solltet ihr euch klar machen, was da alles auf euch zukommen kann und wie ihr euch davor schützen könnt.

Teilt euch in Bezugsgruppen auf, also Gruppen aus 3-5 AktivistInnen, die zusammen losgehen und darauf achten, auch wieder zusammen zurück zu kommen. Klärt vorher in dieser Gruppe, wie ihr in bestimmten Situationen agiert oder reagiert. Dies vermeidet unüberlegtes und unkoordiniertes Handeln und ihr müsst im Ernstfall auch nicht erst auf der Demo diskutieren.

Achtet in der Gruppe immer aufeinander und überlegt euch für den Fall, dass ihr euch im Gewusel verlieren solltet, ein einfaches Schlagwort wie z.B. Apfel, Virus usw.

Solltet ihr euch dann doch mal verloren haben, könnt ihr dieses Wort rufen.

Trefft euch ein bisschen vor der Demo – zum Beispiel eine U-Bahn-Station davor – denn ihr wollt zusammen hingehen.



Besorgt euch die Nummer des Ermittlungsausschusses (EA) und schreibt sie euch mit dickem Filzstift auf die Arme auf, damit mensch euch diese Nummer nicht wegnehmen kann. Der EA sammelt die Daten von festgenommenen AktivistInnen und küm-

mert sich um juristischen Beistand.

Außerdem ist auf Demos zu beachten:

- ★ Keine Waffen oder andere verbotene Gegenstände mitnehmen
- ★ Kommt fit und nüchtern, und bleibt es auch während der gesamten Aktion
- ★ Lasst unbedingt Telefon- und Adressbücher zuhause
- ★ Tragt bequeme, praktische Kleidung und Schuhwerk, in dem ihr viel – und im Ernstfall auch schnell – laufen könnt.
- ★ Bei Polizeiübergriffen: bildet Ketten, damit sie euch nicht rauszerren könnt

Diese Regeln solltet ihr immer beachten, wenn ihr zu einer Demo geht, um euch und die Demonstration insgesamt zu schützen.

„Was tun wenn's brennt?“ auf [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

Der Kampf bei Bike Systems in Nordhausen ist vorbei. Nach der erfolgreichen Produktion von 1.800 Strike Bikes beendeten die ArbeiterInnen die Besetzung. Doch diese Erfahrung der Selbstverwaltung muss erhalten bleiben, und deswegen drucken wir unser Statement vom 27. September an dieser Stelle ab.

**S**eit dem 10. Juli, also seit zweieinhalb Monaten, ist die Fahrradfabrik im thüringischen Nordhausen besetzt. Die 135 ArbeiterInnen beschlossen die Besetzung, um gegen die Schließung der Fabrik zu protestieren und den Abtransport der Maschinen durch das Unternehmen zu verhindern.

Jetzt wollen sie die Produktion wieder aufnehmen, und zwar in Eigenregie. Strike Bikes sind in Planung - wenn bis zum 2. Oktober etwa 1.800 Bestellungen eintreffen, werden die rotlackierten Fahrräder auch gebaut. Wir von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION wollen dieses Projekt unterstützen - auch wenn wir als Jugendliche nicht gleich 10 neue Fahrräder kaufen können.

### **Selber produzieren?!**

In einer Fabrik ohne ArbeiterInnen läuft natürlich gar nichts. Aber eine Fabrik ohne KapitalistInnen und ManagerInnen kann sehr gut funktionieren. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Keramikfabrik Zanon in Neuquén/Argentinien: Seit der Besetzung im Oktober 2001 produzieren die fast 500 ArbeiterInnen ohne den alten Besitzer - die ArbeiterInnen bekommen jetzt alle den gleichen Lohn und treffen alle Entscheidungen in einer Versammlung oder durch gewählte und jederzeit abwählbare VertreterInnen. Trotz der wiederholten Räumungsversuche durch den ehemaligen Besitzer und den bürgerlichen Staat, produzieren sie weiter und kämpfen für die Verstaatlichung der Fabrik und die Weiterführung der Produktion unter ihrer eigenen Kontrolle.

Die BesetzerInnen in Nordhausen gehen erstmal nicht so weit wie die BesetzerInnen in Neuquén. Von einer kontinuierlichen Produktion, die von den ArbeiterInnen selbst verwaltet wird, ist mensch noch weit ent-

# **Strike Bikes!**

## **Ein Fahrrad, das ohne KapitalistInnen hergestellt wurde**

fernt, denn die Produktion von 1800 Fahrrädern in so einer Riesenfabrik hält die Fließbänder nur 1-2 Tage am Laufen. Insofern werden die Strike Bike die 135 ArbeiterInnen nicht längerfristig über Wasser halten. Wie ein Vertreter der ArbeiterInnen in einem Interview erklärte, geht es darum zu zeigen, dass an dem Standort Nordhausen wirtschaftlich produziert werden kann, um eine/n neue/n Besitzer/in anzulocken.

Aber wird irgendein anderer Unternehmer grundsätzlich von Entlassungen und Fabrikschließungen Abstand nehmen, wenn solche Maßnahmen der Profitmaximierung dienen? Wir bezweifeln das.

Die Besetzung und die Produktion in Eigenregie gehen ein Stück über den Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise hinaus, indem die ArbeiterInnen die Produktionsmittel an sich reißen und selbst verwalten. Trotzdem ist das politische Bewusstsein der Beteiligten sicher nicht antikapitalistisch oder revolutionär. Z.B. konnte mensch bei der Besetzung folgendes auf Transparenten lesen: „eine texanische Heuschrecke frisst sich durch Deutschland“ oder gar „Deutschland wache auf!“ Es gibt offensichtlich nach wie vor Illusionen, dass die geplante Schließung durch einen besonders gierigen amerikanischen Kapitalisten („Heuschrecke“) und nicht durch die Gesetze des kapitalistischen Systems selbst verursacht wurde. Diese Illusionen müssen von RevolutionärInnen kritisiert und bekämpft werden. Aber reale Kämpfe gegen das Kapital, die über den Rahmen des bürgerlichen Alltagsbetriebs hinausgehen, tragen mehr zur Herausbildung eines revolutionären Bewusstseins bei als zynische Kommentare auf Indymedia.

### **Die Perspektive**

Die ArbeiterInnen müssen nicht darauf war-

ten, bis sich ein/e neue/r Kapitalist/in findet, der/die ihre Ausbeutung wieder gewinnbringend organisieren kann. Eine Alternative wäre es, eine Kooperative oder Genossenschaft zu bilden, so dass alle ArbeiterInnen einen Anteil des Betriebs besitzen und die Gewinne unter sich teilen. Aber auch in diesem Fall müssten sie weiterhin mit privaten Fahrradfabriken konkurrieren und sich auf dem kapitalistischen Markt behaupten. Die TeilhaberInnen der Kooperative müssten ihre Löhne so niedrig halten wie in privaten Betrieben, und damit tritt eine indirekte Ausbeutung durch den kapitalistischen Markt an die Stelle der direkten Ausbeutung.

So eine Produktionsgenossenschaft wäre ein großer Fortschritt, weil sie die Arbeiterbewegung mit Industriearbeitsplätzen und auch mit preiswerten Fahrrädern versorgen würde. Nichtsdestotrotz wäre es kein Projekt, das die ArbeiterInnen vollständig von Ausbeutung befreien würde. Auch Kooperativen können aufgekauft oder durch korrupte ManagerInnen in kapitalistische Unternehmen verwandelt werden. Die einzige längerfristige Perspektive besteht in der Verstaatlichung der Fabrik: der Staat stellt das Kapital zur Verfügung, übernimmt die finanziellen Risiken und garantiert die Fortführung der Produktion.

Die Fabrik sollte aber in diesem Fall nicht durch StaatsbürokratInnen, sondern durch die ArbeiterInnen der Fabrik selbst verwaltet werden. Die Produktion würde dann den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen („wieviele Fahrräder brauchen die Menschen?“) und nicht den Profitinteressen einiger KapitalistInnen („wie können wir durch die Herstellung von Fahrrädern möglichst viel Geld verdienen?“). So eine Produktion könnte Teil eines ökonomischen Plans werden, um die Wirtschaft der Kontrolle der Bevölkerung zu unterwerfen, wenn die Arbeiterklasse dafür kämpft, die direkte Kontrolle in allen Unternehmen auszuüben.

### **Die Unterstützung**

Der Kampf in Nordhausen ist zu unterstützen, weil er ein kleines Zeichen setzt, dass eine Produktion ohne KapitalistInnen möglich ist. „Bike Systems“ zeigt, zumindest ansatzweise, dass es eine wirkliche Alternative zu Massenentlassungen gibt: Streiks, Besetzungen, Arbeiterkontrolle und Enteignungen der Produktionsmittel! Deswegen:

- ★ Kauft Strike Bikes!
- ★ Für die Verstaatlichung von Bike Systems unter Arbeiterkontrolle!
- ★ Er kämpft die Arbeiterkontrolle in allen Betrieben!

Statement von REVOLUTION, 27. September 2007



**E**in Streik legt die Deutsche Bahn lahm. Wenn die Züge stillstehen, kommen wir zu spät zur Arbeit, zur Schule, zur Uni oder zum Arbeitsamt. Wir müssen ewig herumstehen oder alternative Fahrtmöglichkeiten suchen. Nichtsdestotrotz sollten wir diesen Streik unterstützen, denn es geht um bessere Arbeitsbedingungen für ZugfahrerInnen. Niemand von uns hat ein Interesse daran, dass ZugfahrerInnen, sich nach 14-Stunden-Schichten wie „Halbleichen“ fühlend, einen Zug mit hunderten Menschen fahren!

### Worum geht es?

Das Fahrpersonal (also LokführerInnen, ZugbegleiterInnen, GastronomiemitarbeiterInnen), das in der Gewerkschaft GdL organisiert ist, fordert einen eigenen Tarifvertrag mit kürzeren Arbeitszeiten und Lohnerhöhungen von 31%.

Bahnchef Hartmut Mehdorn nennt diese Zahl „irrwitzig“ – während er für sich selbst und seine VorstandskollegInnen das Gehalt um 62% erhöht. Letztes Jahr erwirtschaftete die Deutsche Bahn einen Profit von 1,7 Milliarden Euro.

2.500 Euro Brutto für einE LokführerIn klingt recht viel, wenn mensch auf Hartz IV angewiesen ist oder ein unbezahltes Praktikum macht. Aber wenn die LokführerInnen ihren Kampf gewinnen, bedeutet das auch einen Schub für unsere Kämpfe.

### Die Privatisierung

Warum also will die Bahn nicht einfach die höheren Löhne auszahlen? Die Deutsche Bahn soll nächstes Jahr an die Börse. Nach der Privatisierung von Lufthansa, Telekom und Post soll nun auch die Bahn endgültig von einem staatlichen zu einem privaten Unternehmen werden, um möglichst hohe Profite abzuwerfen.

Die Folgen davon spürt jeder Mensch, der irgendwann mal Bahn fährt: ständige Fahrpreiserhöhungen, der Wegfall weniger profitabler Strecken, und der Bau von teuren Hochgeschwindigkeitsstrecken und überdimensionalen Prestigeobjekten wie dem Berliner Hauptbahnhof.

Die GdL macht den PrivatisiererInnen einen Strich durch die Rechnung. Müsste die Bahn etwas bessere Löhne zahlen, wären die Profite nicht ganz so hoch und das Unternehmen weniger attraktiv für InvestorInnen.

### Der Streik

Die andere große Gewerkschaft bei der Bahn, TRANSNET, akzeptierte bereits Lohnerhöhungen von lediglich 4,5%, ohne gestreikt zu haben. Es ist klar, dass die bürokratische Führung von TRANSNET Schwierigkeiten bekommt, wenn ihre Mitglieder sehen, dass man mit Kampfaktionen wesentlich mehr Geld bekommt.

Angesichts der Stimmung in der ArbeiterInnenbewegung in den letzten Jahren mögen die StreikführerInnen der GdL wie Bar-



### Solidarität mit dem Streik bei der Deutschen Bahn!

rikadenkämpferInnen“ aussehen. Aber auch diese Gewerkschaft hat eine Bürokratie, die besondere Privilegien genießt. Sie geben sich momentan besonders kämpferisch, weil die GdL in letzter Zeit viele neue Mitglieder gewonnen hat, und diesen konkrete Ergebnisse zeigen muss.

Aber können sie sich auf die GdL-Führung verlassen? Was ist, wenn es sich diese Führung anders überlegt und einem schlechten Kompromiss mit der Bahn zustimmt? Deswegen müssen die ArbeiterInnen selbst diesen Streik kontrollieren, der Verlauf muss in Massenversammlungen geplant werden, nicht nur um ein Scheitern durch den Verrat der Gewerkschaftsaristokratie zu verhindern.

### Der Staat

Der Streikauftakt der GdL, ein zweistündiger Streik im Güterverkehr, wurde von einem Arbeitsgericht in Nürnberg verboten. Die Begründung? Der Streik würde „zu große volkswirtschaftliche Schäden anrichten“. Selten zeigen der Staat und seine Justiz so deutlich ihren wahren Charakter: sie kümmert sich nicht um „Recht“ oder irgendwelche „allgemeinen Interessen“, sondern nur um das Wohl der KapitalistInnen.

Gleichzeitig wird die Kraft dieses Streiks klar: Lediglich 30.000 ArbeiterInnen (die bei der GdL organisiert sind) schaffen es, die Wirtschaft des Landes zum Stillstand zu bringen. Wenn der Güterverkehr nur einen Tag ausfällt, sehen die SprecherInnen der Großkonzerne Verluste im zweistelligen Millionenbereich voraus.

Die hohen Profite der deutschen Wirtschaft werden eben nicht von AktionärInnen und ManagerInnen, sondern von diesen und vielen anderen ArbeiterInnen geschaffen. Wenn sie streiken, läuft keine Fabrik mehr,

macht kein Laden mehr auf, fährt kein Zug mehr – oder sollen die ManagerInnen der Bahn etwa die Züge steuern?

### Die Perspektive

Das Fahrpersonal der Deutschen Bahn sind nicht die einzigen, die schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen zu beklagen haben. ArbeiterInnen in allen Bereichen, Arbeitslose, SchülerInnen, Azubis und Studierende leiden unter Kürzungen. Ein Streik kann für alle eine mächtige Waffe sein. So schafften es Berliner SchülerInnen bereits zweimal im letzten Jahr den Schulbetrieb zu stören, um gegen die Kürzungen im Bildungsbereich zu protestieren. Doch nur die ArbeiterInnenklasse hat die ökonomische Macht, den KapitalistInnen ihre Profite zu ruinieren. Ein Generalstreik von allen ArbeiterInnen könnte das gesamte Sozialabbau-Programm der Herrschenden stoppen.

Genauso wie die ArbeiterInnen die Wirtschaft lahm legen können, können sie auch das öffentliche Leben selbst kontrollieren. Die deutsche Bahn soll nicht durch Privatisierung in den Besitz kapitalistischer Großkonzerne übergehen, sondern direkt von den ArbeiterInnen und Fahrgästen verwaltet werden. Wenn der Verkehr nicht mehr auf Profit ausgerichtet ist, könnte ein Verkehrssystem entstehen das auf den Bedürfnissen der Menschen basiert.

Also beschweren wir uns nicht, wenn wir ein paar Stunden am Bahnhof herumstehen müssen. Wir werden mit den streikenden KollegInnen diskutieren und ihnen Solidarität zeigen. Wir werden ihren Kampf in der breiten Bevölkerung bekannt machen. Denn es ist auch unser Kampf!

Solidarität mit dem Fahrpersonal!

Flugblatt von REVOLUTION

# Bildung! Für wen?!?

Der „Fachkräftemangel“ ist ein Produkt des kapitalistischen Bildungssystems



„**F**achkräftemangel!“ Die bürgerliche Presse ist voller Meldungen: Es fehlt an gut ausgebildetem Personal, vor allem im Ingenieurs- und Technikerwesen. Laut der Industrie- und Handelskammer haben selbst die Firmen des verarbeitenden Gewerbes Schwierigkeiten, Arbeitsstellen mit ausgebildetem Personal zu belegen.

Zur Lösung des Problems werden Forderungen der Wirtschaft (IHK, BDA usw.) laut, den Arbeitsmarkt stärker für ausländische FacharbeiterInnen zu öffnen.

Natürlich haben ausländische FacharbeiterInnen das Recht, in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Doch sind ArbeiterInnen, die nur im Auftrag eines „Arbeitsgebers“ einreisen dürfen, leichter auszubeuten.

Zu beachten ist die Entwicklung, dass Fachkräfte vermehrt ihre Arbeit aufgeben und ins Ausland verlagern. Diese Tendenz ist auf die schlechten Bedingungen am Arbeitsplatz zurückzuführen. Anstatt die Bedingungen zu verbessern, sollen nun Fachkräfte aus dem Ausland diese schlechten Jobs übernehmen.

## Und die Lösung?

Der Grund des Mangels an FacharbeiterInnen – das marode Bildungssystem – wird in der Diskussion völlig ausgeblendet. Studiengebühren zum Beispiel verstoßen gegen die Bildungsfreiheit, schaffen einen finanziellen Zwang und sichern die Ungleichheit.

AbiturientInnen, die nicht von wohlhabenden Schichten profitieren oder direkt aus deren Reihen stammen, haben größte Not, das allgemeine Recht auf ein Studium wahrzunehmen. Es besteht eine Ungleichheit, die sich darin äußert, dass sozial schwächere StudentInnen arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, womit ihr Focus vom Studium abweichen muss.

Viele nehmen die Strapazen gar nicht erst auf sich und lehnen einen Studiengang da-

her kategorisch ab, was durch die sinkende Zahl der StudienanfängerInnen des letzten halben Jahres belegt wird.

## Hochschulen auch?

Doch nicht nur die Hochschulen versagen, auch das allgemeine dreigliedrige Schulsystem schafft Ungleichheit. Die bewusste Abgrenzung und Spaltung, die einer kategorischen Einteilung zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium obliegt, spricht für ein kapitalistisches Bildungssystem.

Nicht nur, dass der Besuch einer der Stufen von der sozialen Stellung abhängig ist, auch die zunehmenden finanziellen Ansprüche der Schulen (z.B. Geld für Lehrmaterialien) sorgen für Ungerechtigkeit. So ist die Übertragung des sozialen Status auf den Schulischen unumgänglich. Daher werden Hauptschulen zum Sammelbecken der sozial Schwächeren, während das Gymnasium nur selten von ärmeren SchülerInnen besucht wird. Die Bildungsgleichheit ist somit nicht gewährt.

Die Gesellschaft bestimmt somit den Verlauf des Werdegangs. Es wird allen SchülerInnen eingeredet, mensch könne es zu etwas bringen und es zur jeweils höheren „Bildungsstufe“ schaffen. Trotzdem hat mensch stets mit Abstufungen zu rechnen und die gesellschaftliche Situation ermöglicht nur selten so einen aufwendigen Bildungsgang.

Wer die Hauptschule besucht, hat auf dem Arbeitsmarkt perspektivisch kaum Chancen. Mit einem Hauptschulabschluss einen Ausbildungsplatz zu finden, ist wohl leider nicht mehr die Regel. So ist es kein Wunder, dass diese SchülerInnen keine Hoffnungen mehr auf eine berufliche Zukunft oder Weiterbildung haben und sich mit ihrer Situation mehr oder weniger zufrieden geben.

Nach der schulischen „Ausbildung“ wären sie nämlich gezwungen, als ungelernete Arbeitskräfte den am meist versprechenden Job

anzunehmen. Ihre Arbeit könnte jedeR verrichten und ist daher fast nichts mehr wert. Also wird man bewusst zum Subjekt der kapitalistischen Ausbeutung, die auf solche „minderwertigen“, ungelernen Kräfte angewiesen ist und ohne diese nicht existieren könnte.

## Woher kommt das?

Dieses Wirtschaftssystem braucht auch eine Vielzahl an Arbeitslosen, um den Druck auf die Arbeitenden zu erhöhen. So nehmen auch ausgebildete ArbeiterInnen einen Job, der nicht ihrer Qualifikation entspricht, an, aus Angst vor der drohenden Ersetzung, die aufgrund der Arbeitslosenanzahl kein größeres Problem wäre.

Das System braucht also ungelernete Arbeitskräfte und Arbeitslose, um existieren zu können. Es ist kein Zufall, dass das Schulsystem durch Abstufung solche benötigten Typen hervorbringt. Aber auch die einzelnen SchülerInnen der drei Schularten werden bewusst gespalten. Jeder Schüler, jede Schülerin des jeweiligen Schulfeldes entwickelt durch die Einstufung einen Status, mit dem sie sich von SchülerInnen der anderen Stufen trennen.

Deshalb gibt es in dieser Klassengesellschaft keine Möglichkeit, eine einheitliche Schule für alle zu schaffen – obwohl die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems vor mindestens hundert Jahren hätte stattfinden müssen.

## Realschule Plus?

Auch das Konzept der „Realschule plus“, das in absehbarer Zeit in Rheinland-Pfalz die Hauptschule ablösen soll, ist nicht mal ansatzweise eine Lösung der Probleme. Hier wird es eine Übertragung der Hauptschule und ihre Überlegung auf die Realschule geben. Abstufungen und Spaltungen zwischen RealschülerInnen und HauptschülerInnen wird es dort genauso geben.

Eine Lösung der wahren Probleme ist im Kapitalismus nicht durchzuführen. Von daher ist die revolutionäre Perspektive auch in Betracht des Schulwesens notwendig.

Doch wir können die Auswirkungen des Kapitalismus im Schulsystem bekämpfen. Die Möglichkeit hat jedeR SchülerIn – durch Organisation gewinnt der/die Einzelne an Stärke und Kraft! Wenn wir alle gemeinsam für unsere Rechte kämpfen und uns mit den Protesten der ArbeiterInnen vereinen, können wir die Perspektive einer anderen Schule und einer anderen Gesellschaft verwirklichen.

Denn eine Gesamtschule, die für Chancengleichheit steht, kann es nur in einer anderen Gesellschaft geben.

von Jaro, Revo Berlin

# „Die Schlacht von Bern“

## Ein Augenzeugenbericht

Für den 6. Oktober plante die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei SVP eine Kundgebung unter dem Motto „Einstehen für unsere Schweiz“ durch Bern mit abschließendem Fest auf dem Bundesplatz und Hetzreden ihrer Führer. Doch die 4000 KundgebungsteilnehmerInnen, (vorwiegend SVPlerInnen, SympathisantInnen, Naziskins, NationalistInnen und FaschistInnen) schafften es nicht auf den Bundesplatz zu marschieren und dort zu feiern...

Neben über 4000 Teilnehmern eines Bürgerfestes, sammelten sich am Mittag etwa 2500 Menschen in der Berner Innenstadt, die bereit waren sich dem SVP-Aufmarsch tatsächlich in den Weg zu stellen und ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der SVP zu setzen.

Wenig später wurden die Wege zur Demoroute von der Polizei blockiert, zeitgleich errichteten die SVP-GegnerInnen eine improvisierte Barrikade und versuchten mit einer Sitzblockade den Aufmarsch friedlich zum Stehen zu bringen. Wenig später setzte die Polizei Gummischrott und Tränengas ein, um die Blockade aufzulösen.

Was jetzt begann, wurde von mancher bürgerlicher Presse als die „Schlacht von Bern“ bezeichnet: Die Blockierenden stoben auseinander und lieferten sich ein Rückzugsgefecht mit der Polizei, wobei es der gelang die Masse zu spalten, sodass sich mehrere Gruppen bildeten, welche sich ihren eigenen Weg durch die verwinkelten Gassen der Berner Innenstadt suchten, Barrikaden bauten und sich Kämpfe mit der Polizei lieferten. Diese ungeplante „Guerillataktik“ überforderte die Polizei, die nicht mit einer derartigen Selbstorganisation gerechnet hatten, gänzlich.

Eine Gruppe stolperte mehr oder weniger auf den Bundesplatz, wo schon die Infrastruktur für das SVP-Fest stand. Erstaunt und erfreut zugleich, dass kein einziger PolizistIn zu sehen war, stürmten über 200 Menschen auf den Bundesplatz und fegten die Stände, Bühne, SVP-Propaganda-Materialien und Absperrungen nieder. Ein Lastwagen wurde angezündet, Steine flogen auf das Bundeshaus. Als die Polizei dann doch erschien, zog die Gruppe weiter und löste sich auf.

Im Laufe des Tages kam es noch bis spät in den Abend zu einzelnen Scharmützeln mit der Polizei und Naziskins.

Die Bilanz: 40 vorübergehende Festnahmen, 3 verletzte Demonstranten und 18 fast ausschließlich durch ihr eigenes Tränengas verletzte PolizistInnen.

von Maria, Revo St. Gallen

## „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen“ – Karl Marx

Die unabhängige, kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION solidarisiert sich offen mit dem Widerstand gegen den SVP-Aufmarsch, des 6. Oktobers in Bern. In unseren Augen ist auch ganz klar zu unterscheiden, was der militante Widerstand auf der Strasse und die feiernde Menge auf dem Münsterplatz zeitgleich an diesem Tag geleistet haben: Der SVP-Aufmarsch und das geplante Fest auf dem Bundesplatz, wurden von den widerständigen Menschen auf der Strasse, verkürzt und verhindert. Das „ganzfest-gegen-Rassismus-Fest“ auf dem Münsterplatz, organisiert vom Komitee „Schwarzes Schaf“, hat den SVP-Aufmarsch weder geschadet noch behindert. Auch waren die Inhalte dieser beiden Aktionen zwei völlig verschiedene: Während auf dem Münsterplatz in bürgerlicher Manier an die „Grundrechte“ und Parteien des kapitalistischen Systems appelliert wurde; kämpften auf der Strasse die Leute offen gegen die SVP und ihre Politik, teils mit einem antikapitalistischen Bewusstsein und Perspektive.

Wir bekämpfen jegliche Hetze gegen die revolutionäre Linke, welche nun von den bürgerlichen Medien, unter Führung der rassistischen SVP, losgetreten wurde. Die SVP stellt den rechten Rand des politischen Spektrums, der bürgerlichen Demokratie dar und wird deshalb von Uns besonders abgelehnt. Im aktuellen Wahlkampf haben sie immer wieder Hass und Rassismus in der Bevölkerung geschürt und Teile der ArbeiterInnenklasse gegen einander, und somit gegen sich selbst, aufgehetzt.

Die Demonstration am 6. Oktober war eine offene Provokation für alle Menschen, welche den Rassismus und das System, das ihn reproduziert, sowie die immer offeneren Angriffe auf Sozialleistungen aller Art und die Jugendkultur, ablehnen. Die SVP hat bewusst mit dieser Provokation gerechnet und war sich von Anfang an im Klaren, dass es zu Ausschreitungen kommen würde. Jeder Mensch der sich am militanten Wider-

stand gegen die SVP beteiligte, genießt unsere vollste Solidarität.

Wir sind der Überzeugung, dass der feige Kniefall der Systemparteien vor der SVP und die Ablehnung dieser Ereignisse, welche sich nun quer durch das politische Spektrum zieht, nur den wirklichen Charakter des Systems offenbaren. Wer es toleriert, dass eine Partei offen eine Demonstration mit FaschistInnen durchführt, und den vehementen Widerstand verteufelt, kann kein echter Befürworter von Demokratie und Meinungsfreiheit sein. Diese Menschen sind Heuchler, welche nicht die Demokratie und die Freiheit verteidigen, sondern das zutiefst korrupte und ausbeuterische System des Kapitalismus.

Es ist unsere Aufgabe den immer weiter aufkeimenden Rassismus und Nationalismus in der Bevölkerung, sowohl ideologisch wie auch militant zu bekämpfen. Hasstiraden wie jene der SVP, haben nur einen Sinn: Uns in unserem Kampf zu entzweien und die revolutionäre Linke als Kraft zu schwächen. Wir können Fremdenhass und Faschismus nur aus der Welt schaffen, wenn wir das System bekämpfen, das diese Dinge hervorbringt. Der Hauptfeind ist der Kapitalismus! Wir haben kein Vertrauen in den kapitalistischen Staat, die kapitalistische Gesetzgebung und den kapitalistischen Repressionsapparat. Nein, diese stehen in offener Feindschaft zu uns.

Der Kampf gegen den Rassismus und gegen die SVP muss also in einen antikapitalistischen Kampf umgewandelt werden, um langfristigen Erfolg zu haben. Nach diesen Kriterien sollten auch die Formen wie dieser Kampf geführt wird, angepasst werden. Die breite Masse muss in den militanten Kampf eingebunden werden. Wir müssen uns dort wehren wo es den KapitalistInnen weh tut. Grillstände und LKWs können ersetzt werden. Streik, Fabrikbesetzungen und der revolutionäre und internationale Kampf der Massen lassen den Kapitalismus ausbluten.

von Revo Schweiz, [www.revolution.ch.tc](http://www.revolution.ch.tc)





# „Errepresio“

(das heißt „Repression“ in der baskischen Sprache)

tei EHAK (Kommunistische Partei der Baskischen Territorien) in Donostia/San Sebastian von der Polizei besetzt.

Am 2. Oktober wurde ein Sprecher der linken Jugendorganisation SEGI verhaftet. Asler Tapia befand sich im nördlichen Teil des Baskenlandes auf französischem Territorium, wo SEGI und Batasuna weiterhin legale Organisationen sind. Er musste Ende 2001 dorthin fliehen, nachdem er eine Pressekonzferenz organisiert hatte, um gegen die Festnahme von 14 SEGI-Mitgliedern zu protestieren.

Die Festnahme erfolgte auf der Grundlage eines europäischen Haftbefehls, den der spanische Sondergericht *Audiencia Nacional* 2005 erwirkt hatte. 2007 erklärte Spaniens oberstes Gericht, dass SEGI eine „bewaffnete Bande oder terroristische Organisation“ sei. Asler befindet sich nun in Auslieferungshaft – in Madrid drohen ihm bis zu 111 (ja, einhundertelf!) Jahre Haft!

Der spanische Staat behauptet, SEGI und alle linken Organisationen seien Teil der

Gruppe ETA. In Wirklichkeit ist SEGI eine politische Jugendorganisation mit tausenden Mitgliedern in ganz Euskal Herria. Diese Verhaftung ist Teil einer systematischen Repressionskampagne des spanischen Staates, die bereits zum Verbot von politischen Parteien, Wahllisten, Zeitungen, Radiosendern, Kneipen usw. und zur Verhaftung von tausenden AktivistInnen geführt hat.

Auch wenn wir nicht mit SEGI und der baskischen Pro-Unabhängigkeits-Linken in allen Punkten übereinstimmen, so ist diese Repression ein Schlag gegen alle Menschen, die gegen Unterdrückung in der Welt kämpfen. Deswegen:

- ★ Wir fordern die sofortige Freilassung von Asler Tapla und allen baskischen politischen Gefangenen!
- ★ Wir rufen alle linke und Arbeiterorganisationen (vor allem Jugendorganisationen) dazu auf, gegen diese Repression zu kämpfen.

Revos Internationale Koordinierung, 19. Oktober 2007  
[www.revolution.int.tf](http://www.revolution.int.tf)

In den letzten Wochen gab es eine massive Repressionswelle in *Euskal Herria* (dem Baskenland). Am 5. Oktober wurden 23 Mitglieder der verbotenen linken Partei Batasuna unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ verhaftet. Gleichzeitig wurde das Büro der legalen Par-

ANZEIGE

## Sonnabend 12.1.2008 XIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

URANIA-Haus, An der Urania 17, 10787 Berlin

**Eintrittspreise:** Gesamtkarte (Vorträge, Diskussion, Konzert) 21,-/erm. 15,- Euro; Konferenzkarte (Vorträge, Diskussion) 13,-/erm. 09,- Euro; Podiumsdiskussion 05,-/erm. 03,50 Euro, Konzertkarte 13,-/erm. 09,- Euro. Das Urania-Haus finden Sie mitten in der City-West, an der Verlängerung des Kurfürstendamms; vom Bahnhof Zoologischer Garten mit Bus und U-Bahn in wenigen Minuten erreichbar; 5 Minuten Fußweg von den U-Bahnhöfen Wittenbergplatz und Nöllendorplatz.

Informationen und Kartenreservierungen beim Aktionsbüro junge Welt unter Tel. (030) 53 63 55 10 oder [www.rosa-luxemburg-konferenz.de](http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de)

Die Tageszeitung  
**jungeWelt** Eine Veranstaltung der Tageszeitung junge Welt

mit Unterstützung von:  
Deutscher Freidenker Verband, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ, DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Marx-Engels-Stiftung, Institut für Theologie und Politik, netzwerk cuba – informationsbüro – e.V., IG Metall Jugend Berlin-Brandenburg/Sachsen, FG BRD-Kuba e.V., GBM, ALB, Unsere Zeit – Zeitung der DKP, Marxistische Blätter, Rotfuchs, Roter Oktober Salon, antifa, ARAB

Einlaß ab 10.00 Uhr

(Es laufen Ausschnitte aus dem Film von der letzten Rosa-Luxemburg-Konferenz)

Vorträge 11.00 bis 17.00 Uhr:

**Klasse für sich.**

Unsere Politik. Unsere Kultur. Unsere Medien.

Vorträge von:

Aleka Papaniga, Generalsekretärin des ZK der KKE, Griechenland; Julio López Campos, Sandinist der ersten Stunde, Redakteur von »Radio Primerisima«, Nicaragua; Ignacio Ramonet, Chefredakteur »Le Monde Diplomatique«, Frankreich; Tubal Paez, Vorsitzender des kubanischen Journalistenverbandes, Cuba; Mandakranta Sen, Schriftstellerin, Indien

Weitere Beiträge von:

Mumia Abu Jamal, Journalist, politischer Gefangener, USA, vorgestellt von Jürgen Heiser; Christian Klar, politischer Gefangener, BRD, vorgestellt von Heinrich Fink, Sprecher VVN/BdA; Ramón Labanino, kubanischer Aufklärer, politischer Gefangener, Cuba (z.zt. USA); Arnaldo Otegi, Sprecher der baskischen Partei Batasuna, politischer Gefangener, Baskenland

Einschübe von und mit:

Danbert Nobacon, Musiker, Ex-Chumbawamba, Großbritannien; Inigo Etaxarri, Sänger der Band Xikinkei, Baskenland; Angelo Conti, Sänger der Band Banda Bassotti, Italien

Moderation: Dr. Seltsam

Podiumsdiskussion ab 17.00

**Partei für alle?**

Brauchen wir neben der »Linken« eine marxistische Organisation?

Mit

Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete Die Linke, Mitglied im Parteivorstand; Hans Heinz Holz, Philosoph, Tessin; Markus Mohr, Hartz-IV-Empfänger/Aktivist, Hamburg; Tom Adler, Betriebsrat Daimler-Mettmann

Moderation: Dietmar Koschmieder, junge Welt

**Konzert ab 21.00 Uhr**

Mit

Danbert Nobacon (Exsänger von Chumbawamba)  
Xikinkei (knackiger Punkrock aus dem Baskenland)  
Banda Bassotti (melodischer Ska-Punk aus Italien)



革命

[WWW.REVOLUTION.DE.COM](http://WWW.REVOLUTION.DE.COM)



Im März 2003 überfielen die USA mit ihren Verbündeten den Irak – ein Land, das bereits in den 90er Jahren durch brutale Sanktionen über eine Millionen Tote zu beklagen hatte und systematisch in den Ruin getrieben worden war. Weltweit demonstrierten über 20 Millionen Menschen gegen diesen Krieg, der unter erlogenen Vorwänden und unter Bruch des internationalen Rechts geführt wurde. Es war eine Episode eines örtlich wie zeitlich unbegrenzten „Krieges gegen den Terrorismus“, dessen Hauptziele in der Bewegungsfreiheit für das internationale Kapital, in der Erschließung neuer Märkte und in der Sicherung der knapper werdenden Öl-Ressourcen bestehen.

Wird dieser Krieg auch angeführt von den USA, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen dass ihr Unternehmen nur Dank der direkten Unterstützung anderer Staaten realisiert werden kann – tatsächlich unterstützen auch die wenigen Staaten, die sich offiziell gegen den Angriffskrieg ausgesprochen haben, die Plünderung und Zerstörung des Iraks und versuchen, sich ein möglichst großes Stück vom Kuchen zu sichern.

Seit über vier Jahren nun ist der Irak besetzt; fast eine Million Menschen wurden direkt und indirekt durch die BesatzerInnen ermordet, weitere Millionen wurden vertrieben, sind geflohen, wurden verletzt oder gefangen genommen und gefoltert. Die Rüstungskonzerne machen Milliarden Gewinne im zweistelligen Bereich. Gesetze wurden verabschiedet, die es imperialistischen Konzernen erlauben, irakische Unternehmen zu übernehmen und die Gewinne vollständig ins Ausland zu transferieren. Viele weitere Gesetzesentwürfe waren von den USA bereits vor Kriegsbeginn ausgearbeitet worden – der Irak sollte die größte Freihandelszone des Nahen Osten werden. Doch diese Pläne gingen nicht auf.

## Der Widerstand

Die US-Truppen sorgen für Sicherheit und werden von brutalen Qaida-Terroristen angegriffen – zu diesem Schluss muss mensch kommen, wenn mensch die Berichterstattung über den Irak verfolgt. Tatsächlich aber nahm eine sehr breit gefächerte Widerstandsbewegung den Kampf gegen die Besatzung auf. Ohne von einem einzigen Land unterstützt zu werden und mit einfachsten Mitteln gelang es den IrakerInnen über vier Jahre hinweg, den Besatzungstruppen verheerende Verluste zuzufügen und die neokolonialen Träume der US-Regierung zu vernichten. Sie nahmen von ihrem Recht, Widerstand gegen die Besatzung ihres Landes zu leisten, Gebrauch und wissen sich der Zustimmung großer Teile der Bevölkerung sicher.

Im Oktober 2007 trat eine große Front der Guerilla mit einem politischen Programm an die Öffentlichkeit. Der „Politische Rat des irakischen Widerstandes“ formulierte in einem 14-Punkte Plan die Vorstellungen der Guerilla: Der Irakische Widerstand repräsentiert

# Widerstand im Irak

## Die Pläne der USA für die Besatzung gehen nicht auf

den Willen der IrakerInnen; die von der Besatzung eingeführten Verträge sind ungültig; eine Technokratie wird nach der Befreiung eine Übergangsregierung bilden; jedes Gesetz, das die irakische Souveränität einschränkt ist ungültig; der Irak ist für alle IrakerInnen und sichert allen Gerechtigkeit zu; die Reichtümer – insbesondere Wasser und Öl – gehören allen IrakerInnen.

## Die Perspektiven

Dies alles darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Kräfte keine weiterführenden Perspektiven für ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen, Frauen und Jugendliche zu bieten haben. KommunistInnen und alle ArbeiterInnen sollen die bürgerlichen Gruppierungen im Widerstand als Verbündete im Kampf gegen die ImperialistInnen und IslamistInnen akzeptieren, gleichzeitig aber nie vergessen: die bürgerlichen Kräfte werden geführt von den einheimischen AusbeuterInnen, deren Ziel ein kapitalistischer Irak mit guten Beziehungen zu den korrupten Diktatoren der Region bleibt. Sie müssen also innerhalb des Widerstandes ihre eigenen Milizen errichten, für sozialistische Ziele kämpfen und eine ArbeiterInnen-Regierung (keine

„technokratische“!) für den befreiten Irak fordern. Schon im Kampf gegen die Besatzung muss das Ziel der sozialistischen Revolution in den Mittelpunkt gestellt werden.

Es gibt heute im Irak eine Vielzahl von Gewerkschaften, Frauenorganisationen und anderen Bündnissen, die Widerstand gegen die neoliberalen Pläne der Besatzung leisten. Beispielsweise erarbeitete die FWCUI-Gewerkschaft einen 29-Punkte Plan, in dem sie unter anderem volle und uneingeschränkte Freiheit der Gewerkschaften, volles Streikrecht, Verbot von Kinderarbeit sowie gleichen Lohn für Männer und Frauen fordert. Die ÖlarbeiterInnen-Gewerkschaft aus Basra erwirkte eine Verdoppelung der Löhne für die ArbeiterInnen in dieser Branche und organisierte erfolgreiche Streiks mit 15.000 TeilnehmerInnen.

Streiks und ähnliche Formen des Widerstandes können für die BesatzerInnen wesentlich bedrohlicher werden als alle bewaffneten Angriffe; auch könnten sie zu einer fortschrittlichen Massenbewegung im Irak und in der gesamten arabischen Welt werden und sich hier langfristig zu einer Alternative zu den ImperialistInnen, IslamistInnen und korrupten Regimes entwickeln.

Deswegen unterstützen wir den irakischen Widerstand, aber kritisieren gleichzeitig die Kräfte, die diesen Widerstand anführen.

von Rafael, Revo Rostock



Die Russische Revolution, die im Februar 1917 begonnen hatte, näherte mit dem beginnenden Winter ihren Höhepunkt. Die revolutionäre Partei der Bolschewiki hatte einen großen Teil der Arbeiterklasse hinter sich geschart. Die bürgerliche Regierung zeigte sich unfähig, den Massen „Frieden, Land und Brot“ zu geben, und die Bolschewiki machten sich genau diese Forderungen zu eigen. Mit ihrer Losung „alle Macht den Sowjets!“ zeigten sie, wie die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen ihre eigene Regierung aufstellen könnten, um ihre Forderungen durchzusetzen.

In einem Arbeiterrat (auf Russisch: Sowjet) nach dem anderen gewannen die Bolschewiki eine Mehrheit für diese Politik. Diese Räte bestanden aus Delegierten, die von der Basis gewählt und jederzeit abwählbar waren. Deswegen spiegelten sie sehr genau die Wünsche der Massen wieder – die „demokratische“ bürgerliche Regierung dagegen war nie wirklich gewählt worden, sondern ging aus Absprachen zwischen den verschiedenen Parteien hervor.

### Hin zum Aufstand

Der landesweite Kongress der Sowjets war für den 25. Oktober angesetzt. Die Bolschewiki begannen zu planen, wie die Massen durch den Rätekongress die politische Macht in Russland übernehmen könnten. Die GegnerInnen der Sowjetmacht behaupteten, die Bolschewiki wollten einen Putsch organisieren, der zu Hunger und Verwüstung führen würde.

Dagegen betonte W.I. Lenin, wichtigste Führungsfigur der Bolschewiki, dass eine Sowjetregierung sich nicht auf einen normalen Staatsapparat sondern auf das Engagement der breiten Massen stützen würde. Hausfrauen, Bedienstete ungelernete ArbeiterInnen und einfache Soldaten könnten selbst den Betrieb des Staates, die Verteilung der Wohnungen, die Verwaltung der Fabriken usw. erledigen.

Aber dafür war ein Aufstand notwendig, um den Machtapparat der Bourgeoisie hinwegzufegen. Der Sowjet der Hauptstadt Petrograd stellte ein eigenes „Revolutionäre Militärkomitee“ auf, unter Führung des Sowjetvorsitzenden Leo Trotzki, um diesen Aufstand vorzubereiten.

Die bürgerliche Regierung unter Ministerpräsident Kerenski wusste, dass sie kaum noch die Kontrolle über die Hauptstadt innehatte, da die Garnisonen hinter den Bolschewiki standen. Sie versuchte, die Soldaten aus der Stadt abzuziehen, doch diese weigerten sich. Das Revolutionäre Militärkomitee erklärte, dass nur noch Befehle, die von ihm unterschrieben waren, für die Soldaten in Petrograd gültig seien.

# Der Oktoberaufstand

## Ende Oktober ergriffen die Räte der ArbeiterInnen die Macht



Am Vorabend des Kongresses versuchte die Kerenski-Regierung zuzuschlagen: sie befahl die Verhaftung des Militärkomitees, die Schließung der bolschewistischen Presse und die Öffnung der Zugbrücken zwischen den Garnisonen und den Arbeitervierteln, um eine Verbrüderung zu verhindern. Da ihr aber nur noch einige Offizierschüler und ein Frauenbattalion unterstanden, waren solche Befehle eher ein Zeichen der Machtlosigkeit.

In der Nacht antworteten revolutionäre Soldaten und Matrosen sowie die roten Garden (bewaffnete ArbeiterInnen) mit der Besetzung von Regierungsgebäuden, Bahnhöfen, Brücken, der Telefonzentrale und der Staatsbank. Am Abend des nächsten Tages wurde der Regierungssitz, der Winterpalais, als letztes Symbol der alten Regierungsmacht gestürmt.

Revolutionen bringen immer Gewalt mit sich, da sich eine herrschende Klasse nie ohne blutigen Widerstand stürzen lässt. Doch der Oktoberaufstand in Petrograd war verhältnismässig friedlich. Diese Tatsache erklärt sich aus der guten Organisation des Aufstandes und der Disziplin der Aufständischen unter Führung der Sowjets.

### Der Ablauf des Kongresses

So konnte das Revolutionäre Militärkomitee bei der Eröffnung des Sowjetkongresses am Morgen des 25. Oktobers erklären, dass die politische Macht in die Hände der Sowjets übergegangen war. Die Delegierten akzeptierten diese Aufgabe und wählten eine neue Sowjetregierung – den Rat der Volkskommisars. Die Maßnahmen, die die alte Regierung ein halbes Jahr lang für unmöglich erklärt hatte, führte der Kongress durch: er verabschiedete ein Friedensdekret, um ein Ende des Krieges auf demokratischer Grundlage einzuleiten, und ein Dekret über Land und Boden, um den Großgrundbesitz abzuschaffen und die Landbesetzungen der armen Bauern/Bäuerinnen im ganzen Land zu legitimieren.

W.I. Lenin war gerade aus dem Untergrund gekommen und erklärte unter stürmischen Beifall: „Wir werden jetzt mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung beginnen.“ Neben den erwähnten Maßnahmen wurden auch die Banken verstaatlicht, die Fabriken unter die Kontrolle der Arbeiterräte gestellt und der Besitz der Kirche abgeschafft.

Im Laufe der russischen Revolution drängten die Massen immer weiter – weiter als ihre politischen Führungen gehen wollten: ArbeiterInnen streikten, während die „SozialistInnen“ in der Regierung zur Ruhe mahnten; Soldaten hörten auf zu kämpfen, obwohl die Generäle neue Offensiven befahlen. Doch diese Massen, zum politischen Leben erwacht, hatten meist keine klaren Vorstellungen über die Maßnahmen, die notwendig gewesen wären, um ihre Probleme zu lösen.

Nur eine revolutionäre Arbeiterpartei, wie die Bolschewiki, konnte bei jeder Phase der Revolution die nächsten Schritte hin zum Sturz des Kapitalismus aufzeigen. Diese Partei entstand auch nicht spontan in der Hitze der Revolution, sie wurde über 14 Jahre lang aufgebaut. Aber auch sie musste mehrmals in diesen hitzigen Monaten ihren Kurs radikal ändern und nahm Hunderttausende frisch politisierte ArbeiterInnen (und sogar ehemalige, langjährige KritikerInnen wie Leo Trotzki) auf – ihre Flexibilität und ihre umfassend demokratische Funktionsweise machte das möglich.

### Ein Beispiel

Wie die Revolutionärin Maria Spiridowna vor dem Kongress der Bauernsowjets erklärte: „Vor den Arbeitern Rußlands eröffnen sich jetzt Horizonte, wie sie die Geschichte nie gekannt hat. Alle Arbeiterrevolutionen sind niedergeschlagen worden, aber die gegenwärtige Bewegung ist international und darum unbesiegbar. Es gibt in der ganzen Welt keine Macht, die das Feuer der Revolution wieder löschen könnte. Die alte Welt bricht nieder, eine neue beginnt!“

Dieses Feuer wurde jedoch wieder gelöscht – die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Sowjetunion ging am Ende des Jahrhunderts, aufgrund der bürokratischen Konterrevolution Stalins, wieder unter. Doch es bleiben, auch 90 Jahre nach der Oktoberrevolution, zahlreiche Lehren für den revolutionären Kampf. Und vor allem ein leuchtendes Beispiel, dass der Kapitalismus durch die Unterdrückten gestürzt werden kann.

von Wladek, Revo Berlin  
die Revolution ging nach Oktober weiter –  
diese Serie aber nicht mehr

# KULTURREVOLUTION



## Manu Chao – La Radiolina (und BRD-Tour)

Im Grunde hatte die Bewegung der Globalisierungskritiker stets zwei Popstars, die sie auf MTV vertreten haben. Auf der einen Seite stand Rage Against the Machine für Straßenmilitanz, auf der anderen Seite galt Manu Chao als Mann der etwas zurückgelehnten Fraktion. Dank seiner persönlichen Geschichte scheint Manu Chao für die grenzüberschreitende Bewegung wie geschaffen. Er wurde in Paris geboren, weil seine Eltern aus Spanien fliehen mußten. Seine Mutter kam aus dem baskischen Bilbao, sein Vater aus Galizien. Seine Musik basiert auf britischem Punkrock wie auch auf Einflüssen aus Südeuropa, Nordafrika und Lateinamerika.

Mehr als irgend ein anderer europäischer Künstler stand Manu Chao für die Losung: „Eine andere Welt ist möglich“. Auf seinen Alben hört man Ansprachen vom Subcomandante Marcos, mit ihm soll Manu Chao auch schon mal in den Wäldern des mexikanischen Südens diskutiert und Gitarre gespielt haben. Für die Globalisierungskritiker hat er riesige Benefiz-Konzerte gespielt, etwa 2002 in Barcelona gegen einen Gipfel der Europäischen Union. Zehntausende Aktivisten bekamen nach einem Tag voller Barrikadenkämpfe und Tränengas in einem Park seine Lieder unter dem Lichterschild „Contra l'Europa del Capital!“ zu hören.

Die Karte kostete 30 Euro, als Manu Chao und Radio Bemba ein Konzert vor mehr als 5000 Zuschauern in der Arena in Berlin-Treptow gaben. Manu Chao gab sein typisches Programm mit Liedern auf Spanisch, Französisch, Italienisch, Englisch – der Schlagzeuger sprang auch mal ein, um auf Arabisch zu singen. Dieses Set wird nicht von Pausen gebrochen, sondern es scheint sich eine konstante Melodie durchzuziehen, wie es auch nonstop um Kämpfe, Leiden, Lieben geht, selbstverständlich um die Liebe zum Aufstand.

Gleichzeitig ist Manu Chao einer remixfreundlichsten Rockmusiker überhaupt, seine Klassiker der letzten Jahre spielte er in

völlig neuen Versionen. Doch es gab nicht nur die Samples vom Subcomandante: Gegen Ende kam Fermin Muguruza, die Punklegende aus dem Baskenland, unerwartet auf die Bühne, um mit Radio Bemba „Sarri Sarri“, sein altes Loblied für einen aus dem Knast geflohenen ETarra zu singen. Auch eine kurze Ansprache über politische Gefangene in Mexiko durfte nicht fehlen, gefolgt vom obligatorischen »Freiheit für alle politischen Gefangenen!« und der Einladung zu einer entsprechenden Soliparty.

George W. Bush kann man für vieles anprangern: die imperialistischen Raubkriege, die Folterknäste und seine dummen Sprüche. Und genau das machen ja auch fast alle linken Künstler, einschließlich Manu Chao. Auch wenn die Verhältnisse brutaler werden, gibt es bei Agit-Pop-Kritikern auf Dauer wenig Überraschendes. Bei seinem Berliner Konzert wie auch auf dem neuen Album »La Radiolina« setzte Manu Chao auf Anti-Bush-Message satt: „No Guantánamo“, „Cuidado, George Bush“, „In Bagdad, there's no democracy“ oder „Infinita tristeza viene de Washington“ („Eine unendliche Traurigkeit stammt aus Washington“). Diese Aussagen sind so richtig wie dröge. Sie könnten genauso gut von NOFX, den Dixie Chicks oder anderen stammen.

Doch in Deutschland ist Manu Chao vorrangig für seine lustigen Hippielieder wie »King of the Bongo« bekannt. Seine anarchistischen Punksongs mit der Band Mano Negra bleiben weitgehend so unbeachtet wie seine eigentlich elaborierte politische Message. So fällt oft unter den Tisch, daß er mit Liedern wie „Clandestino“ zu den prägnantesten Kritikern der Festung Europa gehört. Kaum jemand vermag sich so wie er in das Leben eines illegalen Einwanderers einzufühlen („mein Leben habe ich zwischen Ceuta und Gibraltar zurückgelassen“). Wenn er dagegen auf seinem neuen Album zu einfachen politischen Losungen wie „Politik kills!“ zurückgreift, wirkt er philosophisch etwas unterfordert.

von Wladek, Revo Berlin

**Alleine ist es schwer zu kämpfen!** Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

## REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com

berнау@revolution.de.com

kiel@revolution.de.com

plauen@revolution.de.com

rostock@revolution.de.com

wolfsburg@revolution.de.com

## REVOLUTION Weltweit

International • www.revolution.int.tf

Schweiz • www.revolution.ch.tc

Tschechien • www.revo.cz.tc

Australien • www.revo.au.tt

## Unabhängigkeits- erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.

40 Seiten, 2€



## Der Weg zur Revolution

Das Manifest der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION – ein Fahrplan für die Weltrevolution! Beschlossen auf dem Revocamp 2003, geändert auf den Revocamps 2004 und 2007.

24 Seiten, 1€



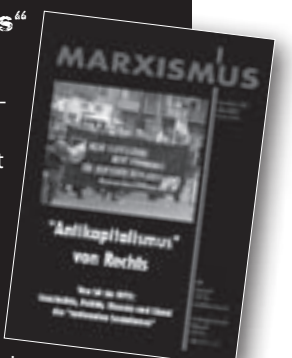
V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

ANZEIGE

## „Antikapitalismus“ von Rechts

Rechtsextreme und Neonazis haben die soziale Frage wieder entdeckt und predigen „Antikapitalismus“. Schon die NSDAP versuchte, mit sozialen Phrasen zu punkten. Neu allerdings ist die scheinbare Radikalität, mit der die deutsche Neonaziszene an diese Frage herangeht.

60 Seiten, 2,50€ • www.sozialismus.net



# Gegen Repression und Überwachung!

Redebeitrag von REVOLUTION auf der Demo gegen Repression am 17. November in Rostock

Vor fünf Monaten demonstrierten – hier, in Rostock – 80.000 Menschen aus aller Welt gegen die G8 und blockierten eindrucksvoll die Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm. Der Kampf gegen Krieg, Ausbeutung und Repression muss aber weiter gehen!

Heute haben wir uns versammelt, um unsere Solidarität mit den angeklagten G8-Gegnern und Gegnern zu bekunden und die Einstellung der Verfahren gegen sie zu fordern.

Der Mörder von Carlo Giuliani ist frei. Diese Hinrichtung hatte keine Folgen. Währenddessen stehen, wegen des angeblichen Anzündens einiger Mülltonnen, Genossinnen und Genossen in Italien vor Gericht. Ihnen drohen jahrelange Gefängnisstrafen.

Der *agent provocateur*, der in Heiligendamm enttarnt wurde, wird geschützt. Ebenso die Verantwortlichen für den illegalen Bundeswehreinsatz um den G8-Gipfel herum.

Gleichzeitig stehen in Rostock zahlreiche Verfahren offen gegen Menschen, die sich an den Demonstrationen und Blockaden beteiligt hatten. Wir fordern die sofortige Einstellung dieser Verfahren!

Skandalöser noch als diese Beispiele der Justizwillkür sind die Pläne der Bundesregierung: Ab 2008 soll erfasst werden, wer wann und mit wem telefoniert. Von welchem Ort aus angerufen wird. Wer mit wem E-Mails schreibt. Welcher Computer welche Internetseiten aufruft und mit welchen Begriffen in Suchmaschinen gearbeitet wird.

Begründet wird dieser massive Eingriff in die Privatsphäre mit der Kriminalitätsbekämpfung. Fakt aber ist: Die Aufklärungsquote im Bereich der Internet-Kriminalität liegt bei 80 Prozent, in der Offline-Welt sind es nur 55 Prozent. Also wozu also dienen diese Überwachungsgesetze?

## Die Hintergründe

Bis zu 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind gegen den Einsatz von Tornado-Jets in Afghanistan. Eine große Mehrheit lehnt die Beteiligung an Kriegen ab, eine große Mehrheit lehnt den Abbau von Grundrechten ab, eine große Mehrheit lehnt die derzeitige Umverteilung von unten nach oben ab.

Nicht nur in Berlin gilt schon heute jedes dritte Kind als arm... Aber damit die Menschen nicht über solche Nebensächlichkeiten nachdenken, wird ständig Angst geschürt: Angst vor Muslimen, Angst vor Linken, Angst vor „Anderen“. Jede und JedeR, der den Normalbetrieb des Kapitalismus stören könnte, wird als „Terroristen“ abgestempelt – selbst den streikenden LokführerInnen wurden vorgeworfen, die Bevölkerung zu „terrorisieren“!

die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.

Und damit zeigt sich, worum es wirklich bei dieser Repression geht: Dieser Staat greift arme Länder militärisch an, um die Interessen der Konzerne durchzusetzen. Gleichzeitig lässt er Menschen, die gegen solche Kriegsverbrechen demonstrieren, auf Grund eines schwarzen Kleidungsstücks einsperren. Da geht es ebenfalls um die Verteidigung des Kapitalismus.

Wenn das kapitalistische System nun von einer wachsenden Mehrheit der Menschen als undemokratisch und unterdrückerisch erkannt wird – dann ist der Staat gezwungen, die Menschen einzuschüchtern, sie auszuspionieren, sie zu überwachen.

Noch sind es wenige, die gegen Sozialabbau, Krieg und Kapitalismus kämpfen. Aber der Staat weiß, dass die Unzufriedenheit da ist – dass es bald sehr viel mehr werden könnten. Wir haben es also mit präventiven Massnahmen gegen massenhafte Proteste zu tun.

## Wir sind Milliarden!

Was können wir tun? Wir sind Viele! Nicht nur die 80.000, die gegen den G8-Gipfel demonstriert haben, sondern Milliarden, die immer weniger vom Reichtum auf dieser Welt haben.

Kämpfen wir gemeinsam! Wir haben die Kraft, um diese Welt zu verändern! Aber dafür müssen sich die Menschen, die unzufrieden sind, auch organisieren. Deswegen müssen wir zur Arbeiterbewegung gehen, z.B. in dem wir uns mit dem Streik der EisenbahnerInnen und Eisenbahner solidarisieren.

Und machen wir uns keine Illusionen: Nicht Schäumele ist das Problem, es gibt tausend andere Politiker, die bereit sind, diese Pläne umzusetzen. Es ist die Klasse der Kapitalisten, die an Sozialabbau, Kriegstreiberei und Umweltzerstörung verdient. Es sind ihre Profite, die mit diesen Gesetzten geschützt werden sollen.

Deswegen gibt es nur eine Lösung: die sozialistische Revolution.

**One Solution: Revolution!**

[rostock@revolution.de.com](mailto:rostock@revolution.de.com)



## Nichts zu sagen

Einer Forsa-Umfrage zu Folge sind 82 Prozent der Menschen in Deutschland der Meinung, dass sie in dieser Demokratie „nichts zu sagen“ hätten. Und – Recht haben sie. So wie das Vertrauen in die scheindemokratischen Institutionen des Kapitalismus schwindet, wächst auch die Bereitschaft, selber auf die Straße zu gehen und zu kämpfen.

Denn in vielen Bereichen wird ein grundlegender Wandel immer notwendiger: Die Umweltkatastrophe lässt sich kaum noch aufhalten; neue Kriege rücken immer näher;